

Sozial-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:
Je Halle monatlich bei zweimaliger
Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post 22,50 Mk.,
ausw. Zuzahlungsgeld. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Je
monatlich, Zeitungsverzeichnis unter
einer Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Rücksende nur mit der
Zustellungs- und Zeitungsverzeich-
nis. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1133
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Anzeigenpreise:
Die 8 gefaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Sonnentage 40 Pf., Resttagen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle, 5. Straße
Anzeigenscheite. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Prom-
enade 14. Gr. Brauhausstr. 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Ulrichstr. 52 und Markt 24.
Druckerei-Kont. Leipzig Nr. 4609.

Nr. 460.

Halle, Donnerstag, den 7. Oktober 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Noch keine deutsch-französische Annäherung

Lloyd George für die Genfer Konferenz — Das Internationale Arbeitsbüro des Völkerbundes als Kontrollinstanz Eine deutsche Zentrale in Rio de Janeiro.

Die Demokratientagung in Ulm.

Von C. Delius, M. d. R., Halle a. d. Saale.

Im der Vorberichterzeit war es trotz der Fülle der Aufgaben gegen jetzt immerhin ein kleineres Parlamentarier zu sein. Jetzt im zumammengedrängten Saale sind die zu lösenden Aufgaben auf allen Seiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens gerade richtiger, vielfach überhaupt nicht durchführbar geworden. Dies und die ständig sich verändernden Situationen zwingt von der gleichgehenden Körperlichkeit und in ihrem Unterbau von den einzelnen Fraktionen eine viel intensiver Tätigkeit. Die Lehren kommen aus den Sitzungen nicht mehr heraus. Die einzelnen Tagesfragen verbrauchen die den Fraktionen neben den Vortragsstunden und den Ausschüßungen nach zur Verfügung stehende knappe Zeit vollständig. Da machte sich seit Wochen in der demokratischen Reichstagsfraktion der Wunsch geltend, einmal losgelöst von der Arbeit des Parlaments in mehrstündigen Sitzungen die zuerst im Vordergrund liegenden besonders wichtigen Fragen gründlich zu behandeln und daneben aus mancherlei Gründen enge Fühlung mit den führenden Parteigenossen zu nehmen, in ausführlicher Ausprache mit den demokratischen Volksbündeln der vier Staaten die besonderen Bedürfnisse Süddeutschlands zu behandeln. Die Wahl des Ortes fiel auf Ulm. Ein glücklicher Gedanke, eine Stadt mit starker demokratischer Wählerkraft und der Verfassung demokratischer und sozialer Ideen, als Tagungsort bestimmt zu haben!

Die Behandlung der Sozialisten, der Finanzen, Wirtschaftlichen, und Ernährungsfragen nahm nach den einleitenden Ausführungen vor mit diesen Materien besonders vertrauten Referenten einen — wie nicht anders zu erwarten — breiten Raum ein. Trotz mancherlei Bedenken nannten sie in den Ausführungen kein hoch am Schluß eine wichtige Mitteilung über die künftige Haltung der Fraktion zu. In der Sozialistensitzung, die die Fraktion die Mitteilung. Sie wird nicht den Vordingen der Sozialisten folgen, die in der vollen Durchführung der Sozialisierung allein das Heil für unsere Wirtschaft sehen, eben so wenig wird die von vorher in jede Sozialisierung ablehnen. Von Fall zu Fall geprüft werden, ob einzelne Zweige unserer Volkswirtschaft für die Sozialisierung ausreife sind. Nach meiner persönlichen Ansicht können das angestrebte der Frage, daß von unserer Seite zu lösenden Vorkäufen nur nach höchst kühnster Seite überzugehen sind, nur ganz wenig sein. Dessen muß ich unsere Wirtschaft wieder rufen, mehr Klugheit als Hingabe gefordert werden. Die Wirtschaft, die übermäßigsten Gewinne einzelner Unternehmungen nach Heil für die Nation bestehende Steuererträge möglich ist, für die Maßnahmen nutzbar zu machen. Hierin wird die demokratische Reichstagsfraktion eine ihrer Hauptaufgaben zu erfüllen haben, wie ja jetzt zunächst alles darauf ankommt, sich von den finanziellen Erwartungen der Reichstagsfraktion zu trennen, werden die wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen sein. Dazu ist eine Befreiung der heimischen Preisen von Industrie und Handel nötig. Unerschütterliche, nur die Wirtschaft erfordern den Innahmen mit ihrer bürokratischen Verwaltung müssen schnellstens verschwinden. Die Ernährungswirtschaft, eingestrichelt nach den wirklichen Bedürfnissen kann nur dann einigermaßen befriedigen, wenn es gelingt, den freien Spielraum der Erzeuger und den Inhaber der Käufer zu weiten. Für das Schicksal und Wohlergehen reichen die bisherigen Strafen nicht aus. Die jetzt bei dem Abban der Zwangswirtschaft zutage tretenden Preissteigerungen verstärken die Uneinigkeit weiter Kreise gegen die nötige Befreiung der Zwangswirtschaft. Meines Erachtens kann davon bei Getreide und Milch in absehbarer Zeit nicht die Rede sein. Den verbleibenden Preisenorganismen, die wie es sich jetzt wieder an einigen Stellen zeigen, eine Befreiung der Verbraucher mit Wohlstand nicht möglich ist, und die Preisgewinne aufzuheben, gilt der härteste Kampf der Fraktion. Ihren Bemühungen steht die Entscheidung entgegen.

Über die politische Lage gab der Fraktionsvorsitzende Schiffer — wie immer in meisterhafter Zusammenfassung — die Ansicht der Fraktion einhellig wieder. Selbst an der Koalitionsfrage, Bereitwilligkeit mit der Sozialdemokratie zusammen

zu regieren, ohne fortgesetzt um sie zu werben. Unterstützung der Regierung gegen jede Art von Nebenregierung, festes Durchgreifen gegen die Unzufriedenheit, wo sie auch zu suchen sind. Schleunigste Neuwahlen in Preußen, um eine Gleichheit der Politik zu gewährleisten. Selbständige demokratische Politik für die Partei. Starke Betonung des nationalen Gedankens. Hingebiger Hinweis auf das Unrecht des Versailles Friedens. Schon jetzt muß ständige energische Arbeit von den Abgeordneten im Lande für die demokratische Sache geleistet werden. Das waren die Grundgedanken der Schillers Ausführungen, über die keine abweichenden Meinungen entstanden. Am Donnerstag fand eine erheiternde Rundgebung der Demokratie Ulms statt. Viele tausende füllten den Riesenaal des Saales und die Nebenträume. Es sprachen die Vg. Betreuer über die allgemeine Lage, Pohlmann über Oberhessen, Frau Brunner über den Oden, Farrer Korrell über die besetzten Rheinlande. Namentlich der Letztere verfechte durch seine lebendigen Schilderungen die Befreiung in tiefe Bewegung und erzielte zum Schluß spontanen Beifall. Es wirkte geradezu ergreifend, als dann die große Verlammlung das deutsche Lied sang. — Das Zentrumslager Ulms hatte recht, als es am nächsten Tage schrieb: „Das war ein Tag deutscher Erhebung, eine glänzende Rundgebung, wie sie Ulm wohl kaum je erlebt hat, die ein Werklein wie wir in der Geschichte Ulms. Die dem treffenden Urteil ist nichts hinzuzufügen. Es allein beweist, daß die Ulmer Tagung ein voller Erfolg war und die Fraktion ankommen wird, ohne nach rechts und links zu sehen, ihren Weg fortzusetzen in der sicheren Erkenntnis, daß auch das deutsche Volk sich nach und nach überlegen wird, daß nur auf dieser demokratischen Linie die Gesundung unseres Volkes möglich ist.“

Die preußischen Wahlkreise.

Auf Grund des nach der Landesversammlung vorgelegten Regierungsentwurfs für das neuzeitliche Landtagswahlgesetz wird Preußen in 74 Landtagswahlkreise geteilt, die sich über 19 Verbandswahlkreise verteilen. Wie weit diese preußischen Landtagswahlkreise mit den künftigen preußischen Reichstagswahlkreisen übereinstimmen, ist nicht bekannt. Die preußischen Landtagswahlkreise sind, wie schon ihre Zahl beweist, kleiner als die Reichstagswahlkreise vom Juni.

- Die neuen Wahlkreise und Verbandswahlkreise für die Landtagswahlen in Preußen sind:
- I. D. R. Preußen 1. Königsberg (Reg.-Bez. Königsberg-Nord), 2. Elbing (Reg.-Bez. Königsberg-West), 3. Gumbinnen (Reg.-Bez. Gumbinnen), 4. Allenstein (Reg.-Bez. Allenstein).
 - II. Berlin 5.—11. Berlin I.—VII.
 - III. Brandenburg 12. Prenzlau (Reg.-Bez. Potsdam-Nord), 13. Potsdam (Reg.-Bez. Potsdam-Süd), 14. Frankfurt a. O. (Reg.-Bez. Frankfurt-Nord), 15. Rottbus (Reg.-Bez. Frankfurt-Süd).
 - IV. Pommern 16. Stettin (Reg.-Bez. Stettin-Nord), 17. Stettin (Reg.-Bez. Stettin-Süd), 18. Köslin (Reg.-Bez. Köslin), 19. Schneidemühl (Verwalt.-Bez. Westpreußen-Posen).
 - V. Niederschlesien 20. Breslau (Reg.-Bez. Breslau-Nord), 21. Breslau (Stadtbez. Breslau), 22. Schweidnitz (Reg.-Bez. Breslau-Mitte).
 - VI. Oberschlesien 23. Waldenburg (Reg.-Bez. Breslau-Süd), 24. Görlitz (Reg.-Bez. Gloggnitz-West), 25. Pignitz (Reg.-Bez. Pignitz-Ost).
 - VII. Oberschlesien 26. Oppeln (Prov. Oberschlesien-Nord), 27. Ratibor (Reg.-Bez. Oberschlesien-West), 28. Pleß (Prov. Oberschlesien-Süd-Ost), 29. Beuthen (Prov. Oberschlesien-Nord-Ost), 30. Kattowitz (Prov. Oberschlesien-Ost).
 - VIII. Magdeburg 31. Stendal (Reg.-Bez. Magdeburg-Nord), 32. Magdeburg (Reg.-Bez. Magdeburg-Mitte), 33. Halberstadt (Reg.-Bez. Magdeburg-Süd).
 - IX. Mecklenburg 34. Wismar (Reg.-Bez. Mecklenburg-Nord), 35. Rostock (Reg.-Bez. Mecklenburg-Süd), 36. Rostock (Reg.-Bez. Mecklenburg-Süd), 37. Eutin (Reg.-Bez. Eutin).
 - X. Schleswig-Holstein 38. Flensburg (Reg.-Bez. Schleswig-Nord), 39. Kiel (Reg.-Bez. Schleswig-Mitte), 40. Altona (Reg.-Bez. Schleswig-Süd).
 - XI. Hannover 41. Aurich (Reg.-Bez. Aurich und Osnabrück-Nord), 42. Osnabrück (Reg.-Bez. Osnabrück-Süd u. Hannover-Nord), 43. Hannover (Reg.-Bez. Hannover-Süd).
 - XII. Hannover 44. Hildesheim (Reg.-Bez. Hildesheim), 45. Lüneburg (Reg.-Bez. Lüneburg), 46. Stade (Reg.-Bez. Stade).
 - XIII. Westfälische Mindener 47. Münster (Reg.-Bez. Münster-Nord), 48. Bielefeld (Reg.-Bez. Münster-Süd), 49. Minden (Reg.-Bez. Minden-Nord), 50. Bielefeld (Reg.-Bez. Minden-Süd).
 - XIV. Arnberger 51. Gellensiefen (Reg.-Bez. Arnberg-Nord), 52. Dortmund (Reg.-Bez. Arnberg-Nord), 53. Bochum (Reg.-Bez. Arnberg-Nord-West), 54. Hagen (Reg.-Bez. Arnberg-Nord-Ost), 55. Arnberg (Reg.-Bez. Arnberg-Süd).

- XV. Hessen-Raffau 56. Kassel (Reg.-Bez. Kassel-Raffau-Nord-West), 57. Hannau (Reg.-Bez. Kassel-Süd-Ost), 58. Limburg (Reg.-Bez. Wiesbaden-Nord), 59. Wiesbaden (Reg.-Bez. Wiesbaden-Süd), 60. Frankfurt a. M. (Reg.-Bez. Wiesbaden-Ost).
- XVI. Rheinland I. 61. Wesel (Reg.-Bez. Düsseldorf-Nord), 62. Duisburg (Reg.-Bez. Düsseldorf-Nord-Ost und -Mitte), 63. Krefeld (Reg.-Bez. Düsseldorf-Mitte und -West).
- XVII. Rheinland II. 64. Düsseldorf (Reg.-Bez. Düsseldorf-Mitte), 65. Essen (Reg.-Bez. Düsseldorf-Nord-Ost), 66. Eibersfeld-Barmen (Reg.-Bez. Düsseldorf-Ost-Mitte), 67. Solingen (Reg.-Bez. Düsseldorf-Süd).
- XVIII. Rheinland III. 68. Köln (Reg.-Bez. Köln-Mitte), 69. Gummersbach (Reg.-Bez. Köln-Ost u. Koblenz-Nord-Ost), 70. Bonn (Reg.-Bez. Köln-West und Koblenz-Nord-West).
- XIX. Rheinland IV. 71. Koblenz (Reg.-Bez. Koblenz-Süd), 72. Trier (Reg.-Bez. Trier), 73. Aachen (Reg.-Bez. Sigmaringen).

Eine deutsche Zentrale in Rio de Janeiro. Wie aus Rio de Janeiro mitgeteilt wird, hat sich dort unter der Leitung „Deutsche Zentrale“ ein Zusammenschluß der Vereine gebildet. Die Zentrale beschäftigt, in Rio de Janeiro eigene Gebäude zu erwerben, in denen die Beamten der Einwanderungsberatungsstelle und der Vermittlungsstelle, des deutschen Hilfsvereins und des Sekretariats des Verbandes deutsch-brasilianischer Firmen sowie ein Büro zum untergebracht werden sollen.

Noch keine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland.

Die Ankunft des deutschen Delegierten bei der Finanzkonferenz in Brüssel, Bergmann, in Paris, die zeitlich mit der Rückkehr des französischen Botschafters in Berlin zu einer Zusammenkunft, veranlaßt zu Gerüchten von einer plötzlichen Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland und von einem in naher Zukunft abzuschließenden Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern. Nach dem „Petit Parisien“ sind diese Gerüchte durch nichts begründet. Seit Juni ds. Js. wo zwischen den beiden Delegierten der beiden Länder in Paris Verhandlungen gepflogen wurden, ist nichts fürchten und daher abgebrochen wurde, ist man in dieser Beziehung noch um keinen Schritt vorwärts gekommen.

Lloyd George für die Genfer Konferenz.

Über die nächste Zusammenkunft von Lloyd George und Lloyd George in London erfahren wir, daß Lloyd George dem Vorhaben, die Deutschen durch die Wiederherstellungskommission zu hören und auf diese Weise ein neues Verfahren in die Hände der Konferenz in Genf treten zu lassen, nicht günstig geneigt ist. Nach einer Meldung des „Times“ aus London ist dort eine internationale Freihandelskonferenz aufgemunter, an der auch Vertreter Deutschlands, Österreichs und Ungarns teilnehmen. Ganan verbreitet aus Brüssel die Nachricht, die Mitglieder der Konferenz seien in den Meldungen aus Berlin und Paris über eine eventuelle wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland eine Rechtfertigung der Anforderungen, die die Konferenz gemacht habe, um die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher und politischer Beziehungen in Europa und der ganzen Welt zu erleichtern. Es ist nicht erfindlich, daß gewisse Berichte künstlich aufgenommen wurden, wie die „Zukunft“ Deutschlands zum Völkerbund in der nächsten Zukunft. Dies könne eine der Folgen der Brüsseler Konferenz sein.

Der sozialistische amerikanische Präsidentschaftskandidat gegen den Bolschewismus.

Hagg, S. M. (Reg. Dröhten) In einer Rede mündlich, Blättermeldungen zufolge, der amerikanischen Präsidentschaftskandidat Debs der Sozialisten die autoritative Herrschaft der Bolschewisten und empfahl den sozialistischen Agitationskonferenzen, sich nicht der dritten Internationale und überhaupt dem bolschewistischen Europa anzuschließen.

Internationales Arbeitsbüro des Völkerbundes.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsbüros des Völkerbundes hat am Dienstag seine Beratungen begonnen. Dem Bericht für den französischen Präsidenten. Die Diskussion über die Geschäftsberichte führte zu einer lebhaften Ausprache über die Notwendigkeit, die sozialistische Bewegung in allen Ländern in fortgeschrittenem Sinne zu fördern. Auch die Vertreter der

Anternehmer, ebenso wie der Regierung und der Arbeiterorganisationen waren der Meinung, daß die Washingtoner Konvention über die allgemeine Durchführung des Arbeitstages unbedingt erfüllt werden muß.

Das Arbeitsamt wurde beauftragt, seinen Bericht gegenüber den Regierungen geltend zu machen, in dem die Ratifikation der Washingtoner Konvention nach auf Schwierigkeiten hinweist. Der vom internationalen Arbeitgeberkongress gestellte Antrag auf Einrichtung eines internationalen Ausschusses hat ein Komitee des internationalen Amtes zur Verteilung der Brennstoffe nicht auf Beifallen. Dagegen wird die Möglichkeit einer allgemeinen Ratifikation Aufnahme über die industrielle Produktion anerkannt, und diese Statistik kann als Unterlage dienen für die Regelung der Kohlenverteilung.

Der Kartoffelbörsenstreit.

18. Berlin, 6. Oktober. Amstsch. Dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sind Mitteilungen darüber zugegangen, daß der Vorkurs einer Vereinbarung, die zwischen den Organisationen der Landwirte und der Verbraucher am 28. September in der Reichsartoffelstelle über eine freiwillige Einhaltung der Preisobergrenze von 25 Mark für den Zentner Kartoffeln zustande gekommen ist, darunter selbst, daß infolge des Beschlusses des nationalökonomischen Ausschusses des Reichstages am 30. September auf eine behördliche Festsetzung des Erzeugerpreises für den Zentner Kartoffeln von 25 Mark, unbeschadet in die beteiligten Kreise gekommen ist. Demgemäß erklärt das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, daß nach den Erfahrungen der Kriegswirtschaft die behördliche Festsetzung von Höchstpreisen ohne gleichzeitige Erhöhung der Ware dazu geführt habe, daß die Ware vom offenen Markt zurückzuziehen und dem Schleichhandel zu weit höheren Preisen abgesetzt wird. Diese Erfahrungen sind vom Vertreter des Reichsministeriums in den oben erwähnten Sitzung des nationalökonomischen Ausschusses mit dem Reichsminister der Landwirtschaft worden; daß das Ministerium hiernach nicht in der Lage sei, Rücksicht zu einer teilweisen Zwangsverpflichtung behördliche Kartoffelhöchstpreise festzusetzen. Preisliche Vereinbarungen zwischen Erzeugern und Verbraucher verhalten sich für die allgemeine Senkung der Kartoffelpreise mehr Erfolg. Dieser Standpunkt ist übrigens durch eine weitere vom Nationalökonomischen Ausschuss des Reichstages gleichfalls am 30. September angenommene Entschließung, die allgemein die Stillhaltung der Regierung in der Frage der Kartoffelverknappung billigt, anerkannt worden und die Regierung wird weiter an ihm festhalten.

Die Finanzlage der Reichseisenbahnverwaltung.

18. Berlin, 6. Oktober. Amstsch. Durch die Presse geht die Nachricht, daß das Defizit der Reichseisenbahnverwaltung für das Etatsjahr 1920 sich auf 23 bis 25 Milliarden belaufen und im Rechnungsjahr 1921 sogar die Höhe von 40 Milliarden erreichen soll. Diese Angaben sind nicht unzutreffend. Nach den abgeschlossenen Etatsarbeiten für 1920 beläuft sich der Defizit der Reichseisenbahnverwaltung auf rund 14,4 Milliarden, hinzu tritt noch der Bedarf im außerordentlichen Haushalt von etwa zwei Milliarden, so daß der Aufschubbedarf der Reichseisenbahnverwaltung für das Haushaltsjahr 1920 im ganzen etwa über 16 Milliarden beläuft. Dieser Füll den Finanzschiffen der Reichseisenbahnverwaltung 1921 einen neuen Defizitjahres feststellen noch nicht vor, so viel liegt aber fest, daß von einem Defizit von 40 Milliarden überhaupt keine Rede sein kann. Die Bestrebungen der Reichseisenbahnverwaltung gehen im Gegenteil dahin, schon das Defizit laufenden Jahres in Höhe von 14,4 Milliarden wesentlich herabzumindern.

Preussische Landesversammlung.

183. Sitzung. Mittwoch, den 6. Oktober, 1 Uhr nachmittags. 18. Berlin, 6. Okt. Zur Beratung steht ein Antrag Kopsch (Dem.), wegen Erhöhung des Lohnes der Arbeiter für die Kriegsjahre 1919/20 neu erneut bei der Reichsregierung vorzulegen zu werden.

Ein Regierungsvertreter erklärt, er habe den Antrag schon bei seinem Bekanntwerden an das Reichsfinanzministerium unter Befürwortung weitergegeben. Er habe jetzt die verbindliche Nachfrist erhalten, es bestünde gute Aussicht, daß den Wünschen der Veteranen entsprochen werden könne. Abg. Dr. Kopsch (Dem.) betont, es handele sich hier um eine einseitige Forderung aller Parteien.

Abg. Klotz (M. S.) spricht ebenfalls für ausreichende Zuwendungen an die Veteranen, für sie habe man kein Geld, wohl aber für die vertriebenen Hohenpöhlen. (Von rechts Zustimmung.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Veränderung der Aufstellung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulausschüsse. Zur Vorbereitung noch ausstehender Anträge wird der Gegenstand zunächst abgesetzt.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen folgt die gemeinsame Beratung von Anträgen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten auf Gewährung der Belohnungsgulde an die preussischen Beamten der besetzten Gebiete gemäß den Grundgesetzen des Reiches. Die Begründer der Anträge heben die starke Erregung hervor, die sich bei der Staats- und Gemeindebeamten infolge ihrer bisherigen Sinterhaltung gegen die Beamten des Reiches bemächtigt habe und verlangen, daß auf die Kommunalverwaltungen eingewirkt werden solle, auch die Gemeindefunktionäre abgesetzt werden.

Die Anträge werden dem Befragungsausschuss überwiesen. Es folgt die Beratung des Antrages Graf (Soz.), für Arbeiter und Angestellte besondere volkswirtschaftliche Mittelschulen einzurichten, die sich auf den Volks- und Fortbildungsschulen aufbauen. Der Handels- und Gewerbeausschuss empfiehlt die Annahme des Antrages.

Die Abg. Hauptberger, Reibig und Gen. beantragen Ueberweisung an den Austauschkommission mit dem Erlaß an die Regierung, dort eine Denkschrift über die bisherige Entwicklung des volkswirtschaftlichen Bildungswesens vorzulegen. Abg. Dr. Kaefer (Dn.) beklagt die Ueberweisung des Antrages, weil er fürchtet, daß sich noch partiellpolitische Momente geltend machen würden, aber daß die Sache mit dem vom Finanzminister erstellten Abau der Universitäten verknüpft werden könnte.

Abg. Woldt (Soz.) hält die geforderten Schulen für unentbehrlich zur Geltung unseres Wirtschaftswesens. Abg. Reibig (Dem.) bittet die Regierung, diese Schulen besonders an solchen Orten zu gründen, wo sich die Gelegenheit einer Verbindung von Theorie und Praxis bietet.

Abg. Dr. Hauptberger (Ztr.) rechtfertigt den Ueberweisungsantrag, da es sowohl an der Vorbereitung der sachlichen Einzelheiten für die Einrichtung der Schule, wie auch der finanziellen Tragweite des Antrages bisher fehle. Abg. Dr. Kalle (D. Vpt.) schlägt sich den Bedenken des Abg. Kaefer an.

Der Antrag geht an den Hauptauschuss. Es folgt die Beratung des Antrages Adolph Hoffmann (M. S.) auf Verknüpfung der Volkswirtschaftlichen Mittelschulen mit den Volkshochschulen und eines Zentrumsantrages auf Einführung der Volkshochschulen.

Gemäß dem Ausschussantrag werden die Anträge mit Rücksicht auf die gesetzliche Regelung der Sache für erledigt erklärt.

Ein Antrag der Deutschnationalen will die beschleunigte Vorlage eines Gesetzentwurfs zur vermehrten Steuernieder-

schlagung für Kriegsteilnehmer und Auslandsdeutsche. Gemäß dem Ausschussantrag wird der Antrag abgelehnt.

Nächste Sitzung Donnerstag, 12 Uhr mittags. Wahlsitzung, vorher Groß-Berlin. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

In der vom Vorstehen der bayerischen Volkspartei gegebenen Interpretation des Bamberger Programms erklärten die Fraktionsführer der übrigen Koalitionsparteien auf Befragen, diese authentische Interpretation habe weder bei den vereinigten Reichsparteien, noch bei der deutschnationalen Partei, noch beim bayerischen Bauernbund die gewünschte Klärung herbeiführt. Diese Parteien sind über die Interpretation unzufrieden.

Auslands-Rundschau.

Die Zeitung der sozialistischen Partei in Mailand hat die Hülle Turati und Cicotti untersucht und eine beide Uebersetzungen ablehnbare Tagesordnung angenommen. Dem Parteivorstand wird es überlassen, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Turati hat übrigens mitgeteilt, daß er verhindert sei, an dem Kongress teilzunehmen. — In der „Critica Sociale“ erklärt der Abgeordnete Treves, eine sozialistische Weltrevolution sei unmöglich, da das ganze menschliche Leben auf der Erde beruht. Dies könnte man auch vom Proletariat Deutschlands und Frankreichs sagen, obgleich beide Länder tätige kommunistische Minderheiten besitzen.

Halle und Umgegend.

Halle, den 7. Oktober 1920. Allgemeiner Neuphilologentag zu Halle. (Fortsetzung.)

Der zweite Vortrag am Mittwoch vormittag hielt Prof. Dr. Siedemann in Würzburg, über das Thema: Neuphilologischer Unterricht und nationale Erziehung.

Der Redner drückte seine Freude darüber aus, daß er als Bapier hier sprechen konnte und erklärte unter allgemeinem Beifall, daß er es nicht nur für eine Ehre, sondern auch eine Freude habe, an diesem Tag zu sprechen. Er behandelte die nationale Erziehung der Jugend zu einer Einprägung des neuphilologischen Unterrichts. Die Antwort kann nur im verneinenden Sinne ausfallen. Die bei uns übliche Fremdsprachen- und Fremdsprachenunterricht sind nicht nur notwendig, sondern auch notwendig, um die Fremdsprachen zu lernen, denn nur in Verbindung mit diesen werden wir das Deutschtum schärfen lernen. Die Fremdsprachen sind ein Hilfsmittel der nationalen Selbstbeurteilung. Die Schüler der höheren Schuljahre haben für Nationalbewußtsein durch Lesen zu gewinnen.

Auch der Norm, daß der fremdsprachliche Unterricht eine Vereinheitlichung der Volksschulen verbinde, muß zurückgewiesen werden. Der neuphilologische Unterricht steht durchaus im Dienste nationaler Kultur; denn er führt zu dem Quellen des deutschen Kulturlebens und macht, was original, und was von fremden Völkern übernommen worden ist und zeigt uns, wie unsere großen Väter gerade in Zeiten der Not in besonderem Maße national waren.

Die Kenntnis der englischen Sprache ist heute für die Studierenden aller Fakultäten äußerst wichtig. Die großen Dichter, wie Milton, Shakespeare, Goethe, Schiller, Schlegel, Schopenhauer, und von lebenden den hervorragenden Männern u. a. Wilhelm Förster und Rudolf Eucken haben über die Notwendigkeit des fremdsprachlichen Unterrichts seinen Zweifel gelassen. Sie haben ausgedrückt, daß die Kenntnis fremder Sprachen und Kulturen uns nur nationaler Ueberzeugung und Unterweisung befähigt, daß sie zugleich Nationalität und Menschlichkeitsbewußtsein vermittelt.

Das Studium der wichtigsten lebenden Sprachen wird das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den europäischen Völkern wieder wecken und fördern. Im Lichte fremder Kulturen werden wir selber für unsere Sprache und Schicksal erst recht bewußt und lernen sich gegenseitig verstehen und achten. Die Kenntnis des Fremden wird uns fähiger machen, unsere eigene Kultur zu verteidigen.

Ein Leben, reich an Arbeit, aber auch an Anerkennung steigt hinter ihn. Außer seinen mehr oder weniger besetzten Chormerzen wie Schön Eisen, Odysseus, Lieb von der Glocke, Adolphs, Feuerkreuz, Salamis, Normannenzug u. a., finden drei Sinfonien von denen die ersten beiden früher öfters im Konzert erschienen, seien noch die „Menschenliebe“, „Arie, Tancus und Agnus dei“ erwähnt, bemerkenswert darum, weil Bruch damit die Gattung von ihrem Klänge abhebt und sich durch den Reiz der Klangfarbe auszeichnet hat.

Bruch's Musik ist Volkstümlich im besten Sinne. Er verweilt nicht an einem aussergewöhnlichen Kreis, sondern spricht ohne künstlich aufzugeben eine jedermann verständliche Sprache. Und trotzdem wird er nicht trivial, das ist gerade das Wertvolle an seiner Kunst, daß sie bei aller Einfachheit vom Volkstümlichen stets eine vornehme Haltung bewahrt. Im Weltlichen steht er auf dem Boden der Romantik, auch von der Kunst Wagner's hat er sich Teile assimiliert, steht aber den Bestrebungen der Neuweltlichen grundhaft fern.

Kunst und Wissenschaft.

Stiftung für Schriftstellerinnen. In einer Konferenz der Deutschen Schiller-Stiftung in Weimar wurde im vollen Uebereinstimm mit der kürzlich verstorbenen Frau U. Wildenbruch beschlossen, eine Stiftung ins Leben zu rufen, deren Zweck darin besteht, den Schriftstellerinnen die besten Werke zu veröffentlichen und deren Tüchtigkeit beim Ansehen und Takt der Schriftsteller als Beweise zu Erhaltung und Ausbreitung zu verleihe. Die Erträge des übrigen von Ernst U. Wildenbruch der Deutschen Schiller-Stiftung hinterlassenen Vermögens werden nach der letztwilligen Anordnung des Dichters letztensgemäß für die deutsche Schriftstellerwelt verwendet werden.

Gefährdete Gymnasien. Da das preussische Kultusministerium die höheren Schulen, deren Schülerzahl unter 125 liegt, auflösen beabsichtigt hat, werden vorzuschlagen die Gymnasien in der Provinz Brandenburg am 1. April 1921 abzuheben, ebenso das Gymnasium der Stadt Burg in der Provinz Sachsen. Durch den Ministerialbeschluss sind ebenfalls das berühmte Domangymnasium in Aumburg und die weiterführende Landes-Schule in Porta gefährdet. Die Anträge dieser beiden Anstalten gehen tief ins Mittelalter zurück.

Ernst Haedel-Tag in Jena. In Jena werden am 31. Okt. das Ernst Haedel-Museum eingeweiht, das Ernst Haedel-Denkmal errichtet und die Uebersiedelung beigesetzt.

Max Bruch.

Von Dr. Hans Neemann.

Max Bruch ist ein Meister dahingegangen, der sich ohne eigentlich epochemachend zu sein, bedeutende Verdienste um gewisse Gattungen der Musikliteratur erworben hat. Was er auf dem Gebiet der Chorcomposition geleistet hat, gehört mit zum Wertvollsten dieser Art und wird noch lange unangefochten bleiben. Insbesondere verbandt ihm der Männergesang, dem die Gefahr der Verflachung drohte, lebendige Anregung. Hier war es zunächst die dramatische Chorantate „Der Tod“, ein Werk seiner ersten Schaffensperiode, aber ein überaus glücklicher Wurf, der seinen Schöpfer alsbald berühmt machte und an Nachahmung die Folge nur zu wenigen seiner späteren Arbeiten erreichte wurde. Wahrscheinlich für seine heute unbenutzte Fähigkeit ist die kraftvolle Sprache der musikalischen Sprache und die prägnante Charakterzeichnung in den einzelnen dramatischen Bildern, die Legner's Fritschfolge entnommen sind. Das Verdienst, daß er sich durch die hierin gegebene Anregung um die Segnung des Männergesanges erworben hat, ist sehr hoch anzuschätzen.

Das andere Werk, das dem Meister einen hervorragenden Platz auf der Ehrenliste der Musikgeschichte sichert, ist sein erstes Violinonkonzert in G-Moll. Wieder ein Erstgeborenes unter mehreren Schwesternwerken und wieder ein Treffer. Nicht ohne inneren Begründung ist es Joachim, dem Meister des höchsten Violinpiels, gewidmet. Durch Joachims hohe, priesterliche Auffassung von der Aufgabe des Künstlers war die Stellung des Virtuosen in neuer Beleuchtung gerückt, man bemühte sich wieder daran, nicht in äußerem Bruch das Wichtigste zu erklären, sondern in der unbedingten Hingabe des Künstlers an das Kunstwerk. Und wie Bruch dem von Joachim vertretenen Virtuosen höherer Art die Anregung zu seinem G-Moll-Konzert verdankt, so fand dieses seinen berufenen Interpreten in Joachim. Es gehört seitdem zum unentbehrlichen Bestand jedes Geigers von Ruf.

Bruch's musikalische Begabung offenbarte sich frühzeitig. Am 6. Januar 1888 zu Köln geboren, empfang er die erste

Unterweisung in der Musik durch seine Mutter, eine geschätzte Sopranistin. Schon als Nierzehnjähriger erregte er mit seinem Streichquartett Aufsehen und wurde dadurch Espritual der Frankfurter Mozart-Sitzung. Ferdinand Hiller und Karl Reinecke wurden seine bedeutendsten Lehrer. Drei Jahre (1885-86) wirkte er darauf in Köln als Musiklehrer. Demnach ging er nach Bonn, um dort am Konservatorium des Singpiel, Oper, Alt und Kapelle. Das ausgeübte Wanderleben führte ihn nach verschiedenen deutschen Städten u. a. zu längerem Aufenthalt nach Mannheim, wo 1888 die Oper „Lorelei“ ihre Uraufführung erlebte. Der von Gehel verfasste Text war ursprünglich für Mendelssohn bestimmt, die Komposition von diesem aber nicht vollendet. Am Jahre darauf erschien der „Fritsch“. Seine weiteren Reisen führten ihn bis nach Paris, bis er 1887 als händischer Musiklehrer in Koblenz sein erstes Amt erhielt. Hier schuf er sein berühmtes Violinonkonzert, das Joachim 1888 auf dem Wiederheimkehren Musikfest zum ersten Mal öffentlich spielte. Nach zwei Konzerten in D-Moll, eines davon Sarafate gewidmet, entstanden hier, nicht minder ruhigen und bedeutend; gleichwohl stand ihnen immer der Ruhm des ersten etwas im Wege. 1867-70 lehrte mit ihm als Hofkapellmeister in Sondershausen. Diese Zeit war für ihn von besonderer Bedeutung, da er hier an der Hand vorzüglichen Materials eingehende Orchesterstudien machen konnte, die seine Instrumentaltechniken wesentlich förderten. Nach kürzerem Aufenthalt in Berlin (1871-73), wo er die Oper „Hermione“ (nach Schafersleben) herausbrachte, ohne ihr einen dauernden Platz erobern zu können, weilte er fünf Jahre in Bonn ganz im Dienste der Komposition, übernahm 1878 in Berlin den Sternchen-Gesangverein als Nachfolger Straußens und wurde 1880 nach Liverpool als Leiter der „Halle'schen Musikgesellschaft“ berufen. 1881 vermaßte er sich mit der Berliner Sängerin Emma T. u. c. e. 1883-90 stand er an der Spitze des Breslauer Orchesterchors, bis er endlich 1891 dauernd nach Berlin übersiedelte. Eine Fülle von Ehrungen wurde ihm zuteil. Das Kultusministerium berief ihn als Musiklehrer für Komposition an die Kgl. Hochschule für Musik, er erhielt die Leitung des Orchesters, drei Jahre später Breslau, 1898 wurde er korrespondierendes Mitglied der Berliner Akademie der Künste, 1908 Ritter des „Pour le mérite“ und 1911 erfolgte die außerordentliche Ernennung zum Ehrensenator der Akademie.

